

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 28. September 2015

Nachhaltige Entwicklungsziele liberal gestalten

Die Freien Demokraten begrüßen die Bemühungen der Vereinten Nationen, mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) einen überprüfbaren Zielkatalog auf dem Weg zu besseren Lebensverhältnissen weltweit zu verabschieden. Wir begrüßen, dass die SDGs global gelten sollen, also für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer. Die allzu große Zahl von 16 Zielen, 169 Unterzielen und über 1000 Indikatoren dagegen sehen wir gerade im Vergleich zu den acht knapp und klar gefassten Millenniumsentwicklungszielen kritisch – die Prioritätensetzung muss daher national und europäisch erfolgen.

Die Freien Demokraten sind überzeugt, dass Krieg, Terror, Gewalt und Ressourcen-Raubbau sowie Menschenrechtsverletzungen, Korruption und verantwortungslose Regierungsführung nachhaltige Entwicklung verhindern. Flucht und Vertreibung sind die bekannten Folgen. Gerade aus diesem Grund liegt eine Neuorientierung der globalen Entwicklungspolitik auch im deutschen und europäischen Interesse.

Deshalb fordern wir, die inner- wie zwischenstaatliche Entwicklungszusammenarbeit konsequent in den Dienst von Krisenprävention und Konfliktbewältigung zu stellen; in den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) geht es auch um eine Verbesserung der humanitären Situation. Daraus ergeben sich aus unserer Sicht folgende Prioritäten:

- Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung;
- Förderung von Wirtschaftswachstum, Abbau von Handelshemmnissen und erleichterter Marktzugang für Schwellenländer (Ziel: ‚Trade, not aid‘);
- In den LLDCs: Verbesserter Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung für Frauen v.a. im Zusammenhang mit Familienplanung und Geburten (ex-MDG 5).

Daher fordern die Freien Demokraten, dass Deutschland und die EU

- sich angesichts der großen Zahl an Zielen und Unterzielen auf wenige Ziele zu konzentrieren, die den o.g. Schwerpunktsetzungen entsprechen.
- sich für eine Verzahnung von Entwicklungspolitik mit Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik einsetzt, um von Krisenbewältigung zu einer aktiven Gestaltung der Globalisierung zu gelangen und diesem Politikfeld höhere Priorität einzuräumen;
- auf Qualität vor Quantität in der Entwicklungszusammenarbeit setzt: Statt das Ausgabenziel von 0,7 Prozent des BIP zu forcieren, sollte der Fokus auf eine effizientere Mittelverwendung unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit in den Partnerländern sowie eine verbesserte europäische Abstimmung gerichtet werden.